

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU**ARD-Umstrukturierungsfonds für Radio Bremen**

Radio Bremen befindet sich in einem schwierigen Umstrukturierungsprozess, ausgelöst insbesondere durch den reduzierten ARD-Finanzausgleich für den Sender um rund 50 Mio. DM jährlich. Dies führt zu massiven Einschnitten im Programm und beim Personal.

Die Finanzausgleichsmasse für die nehmenden Anstalten wurde zum 1. Januar 2001 auf 1,9 Prozent des ARD-Nettogebührenaufkommens festgesetzt und wird bis zum 1. Januar 2006 auf einen Betrag von 1 Prozent des ARD-Nettogebührenaufkommens abgeschmolzen werden. Die Absenkung stellt insbesondere für Radio Bremen eine enorme Härte dar. Radio Bremen muss sich unter engsten finanziellen Rahmenbedingungen neu orientieren und ein verändertes öffentlich-rechtliches Betriebskonzept entwerfen.

Die Konzentration von Programmleistungen, die Kooperationen mit anderen Rundfunkanstalten und auch wachsender Personalabbau in den letzten Monaten tragen der deutlich reduzierten Ertragslage durch die Kürzungen beim ARD-Finanzausgleich bereits Rechnung.

Der Personalabbau bei Radio Bremen erfordert außerordentliche finanzielle Aufwendungen insbesondere für Abfindungen und Vorruhestandsregelungen. Ebenso würde eine mögliche Reduzierung auf einen Standort zur Einsparung von Betriebs- und durch Doppelstrukturen bedingter Personalkosten nicht unerhebliche Einmalaufwendungen erfordern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt Radio Bremen in seinen Bemühungen, die bestehenden Strukturen und Kapazitäten an die neuen Erfordernisse bis 2006 anzupassen;
- die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der ARD solidarische Unterstützung für einen notwendigen Umstrukturierungsfonds in der Höhe der Summe, die sie durch die Reduzierung des Finanzausgleichs bei Radio Bremen von 2001 bis 2005 zusätzlich zur Verfügung hat, mindestens jedoch 50 Mio. Euro.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf

- Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass die Protokollnotiz des 5. Rundfunkänderungsstaatsvertrags konkret umgesetzt wird, dass die ARD durch Leistungs- und Gegenleistungsausgleich einen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der kleinen Sender leistet.

Anja Stahmann,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Schildt, Böhrnsen und Fraktion der SPD
Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU